

Daniela Dahn

30-09-2005

Mehrholer Value

DEBATTE: ARBEITSMARKT UND WACHSTUM *Geht die Marktwirtschaft wirklich unter, wenn sie nicht fortwährend akkumulieren kann?*

Widerspruch in der Sache ist immer wünschenswert, deshalb danke ich Albrecht Müller für das Auslösen dieser Debatte. Zumal wir uns ja einig sind gegen den Marktradikalismus, *nur* uneinig über die Methoden seiner Überwindung.

Da die Massenarbeitslosigkeit unter der nie da gewesenen Kombination von enormer Produktivitätssteigerung, globalem Lohndumping, geschwächten Gewerkschaften und fehlender Systemkonkurrenz eine nie da gewesene Dimension angenommen hat, neige ich dazu, auch nie da gewesene Lösungen zu bevorzugen: eine radikale Umverteilung von Arbeit und Einkommen, die dazu führen würde, dass niemand überflüssig und jeder flüssig ist. Albrecht Müller vertraut den Stimulanzen aus den siebziger Jahren: Nachfrage, Konjunktur, Wachstum.

Er bezweifelt, dass es für die von mir vorgeschlagene radikale Arbeitszeitverkürzung, für internationale Steuerharmonisierung und Bürgergehalt Mehrheiten gäbe, obwohl er einräumen muss, dass auch sein Rezept seit 25 Jahren nicht beachtet wird. Das Wachstum habe nur deshalb die Arbeitslosigkeit nicht abgebaut, weil "keine die Nachfrage optimal steuernde Politik betrieben worden" sei. Da die Wirtschaft nicht auf uns hört, können wir auch nicht beweisen, dass wir Recht haben - in der misslichen Lage befinden wir uns wieder gemeinsam.

Albrecht Müller klammert sich als Beweis an die "kleine Ausnahme" zur Wendezeit, als (durch die weitgehende Liquidierung der ostdeutschen Industrie) im Westen vorübergehend ein Boom ausgelöst wurde und die Arbeitslosigkeit um ein Drittel gesenkt werden konnte.

Merkwürdigerweise lässt er unerwähnt, dass im gleichen Zeitraum im Beitrittsgebiet zwei Millionen Arbeitsplätze wegbrachen, also die Arbeitslosigkeit von null auf 30 Prozent stieg. Insofern beweist dieses Beispiel bestenfalls, dass die Eroberung von Märkten Arbeit und Wohlstand schafft - ein eher verhängnisvoller Zusammenhang, von dem Marx bekanntlich behauptet, er belege die dem Kapitalismus unabwendbar innewohnende Aggressivität.

Gänzlich uneinsichtig werde ich, wenn mir, mit starrem Blick auf die Statistik, die Mutterländer des Neokolonialismus, USA und Großbritannien, als Vorbilder für Reformen auf dem Arbeitsmarkt hingestellt werden. Wäre hier nicht zumindest auch zu fragen, welchen Anteil am Wachstum die gewaltsame Eroberung und feindliche Übernahme von Märkten hatte? Und in welcher Art Sozialstaat da gearbeitet wird?

Die in der Debatte gestellte Forderung, "herauszufinden, weshalb unsere derzeitige Wirtschaftsordnung so sehr von irgendeinem Wachstum abhängig ist", scheint auch mir zentral. Geht die Marktwirtschaft wirklich unter, wenn sie nicht fortwährend akkumulieren kann? Zumal eben die Korrelation von Wachstum und Arbeit nicht nachweisbar ist. Seit 35 Jahren steigt die Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik - bis auf die erwähnte "kleine Ausnahme" - stufenförmig an. Wachsende Effektivität zerstört Arbeitsplätze. Umgekehrt wies das Kölner Institut der deutschen Wirtschaft jüngst darauf hin, dass im Ausland häufig "Jobs" entstünden, obwohl die Wirtschaft schrumpfe. In Holland spricht man von Jobsharing, will man den Begriff radikale Arbeitszeitverkürzung vermeiden.

Von der Nützlichkeit des von Albrecht Müller zurecht geforderten, qualitativen Wachstums bei ökologischen und sozialen Vorhaben braucht man wohl weder mich noch den angesprochenen Hermann Scheer zu überzeugen. Doch dieser zusätzliche Tätigkeitsbedarf gleicht doch bestenfalls den durch Produktivitätssteigerung und Abwanderung bedingten Arbeitsausfall aus. Wir haben uns anzustrengen, unsere hohe Wirtschaftsleistung zu halten und nicht ins Minus zu rutschen. Da wir 20 mal mehr verbrauchen als die meisten Menschen der Welt, ist ein weiterer Anstieg, auch darauf wurde zurecht verwiesen, nicht nur unnötig, sondern auch unsolidarisch.

Wenn dem so sei, fragt Albrecht Müller zu Recht, wie wäre denn dann den Arbeitslosen *in absehbarer Zeit* zu helfen? Darauf gibt es eine nüchterne Antwort: Wenn es nicht gelingt, Mehrheiten für neue Lösungen zu finden, ist den Arbeitslosen in absehbarer Zeit überhaupt nicht zu helfen. So, wie ihnen schon bisher nicht zu helfen war. Das wiederum kann nicht hingenommen werden, es wirft enorme menschliche, gesellschaftliche, auch verfassungsrechtliche Probleme auf. Nicht umsonst heißt es im Grundgesetz, die Bundesrepublik sei (und zwar auf ewig) ein sozialer *Staat*. Und nicht ein soziales Unternehmen. Für die Erhaltung des Sozialstaates ist zu hundert Prozent die Politik zuständig und zu null Prozent die sich an die Gesetze haltende Wirtschaft. Sehr überzeugend hat der Präsident des Bundesverfassungsgerichtes, Hans-Jürgen Papier, darauf verwiesen, dass ein Unternehmer nur die Pflichten erfüllen muss, die ihm das Gesetz auferlegt hat. Wenn er also sein Grundrecht wahrnimmt, alles zu tun, was nicht verboten ist, könne dies nicht unter Moralvorbehalt gestellt werden. Wenn die Gesellschaft Auswüchse erkenne, müsse der Souverän, zu dem auch die Gewerkschaften gehören, einen Riegel vorschieben.

Freiwillig wird sich ein Unternehmer auf soziale Erwägungen nur einlassen, wenn er darin langfristig eine Chance zur Gewinnsteigerung sieht, was im Einzelfall durchaus möglich ist. Darüber hinaus ist das ganze Gerede von *Corporate Social Responsibility* der Manager oder von *Bündnissen für Arbeit* nicht nur illusionär, sondern im Grunde sogar ein unsittliches Ansginnen der Politiker, die ihren sozialstaatlichen Verfassungsauftrag an die Unternehmer weiter delegieren, die sie unter moralischem Druck davon abhalten wollen, von ihren - von eben diesen Politikern eingeräumten - Rechten vollen Gebrauch zu machen. Moral, so sie greifen soll, gehört nicht in Appelle, sondern in Gesetze. Eigentum verpflichtet, die Gesetze einzuhalten.

Die vielgescholtenen Hedge-Fonds, deren Selbstvermehrungsanspruch oft über 40 Prozent Rendite liegt, die produktives Kapital durch Spekulation vernichten und so ganze Volkswirtschaften ins Wanken bringen, sind in Deutschland unter Rot-Grün, sekundiert von Schwarz-Gelb, zugelassen worden. Der Arbeitsplätze vernichtende Shareholder Value, den ich mit Mehrholer Value übersetze, wäre durch ein modifiziertes Börsengesetz zu beschränken. Spätestens hier wird aber auch klar: Der Sozialstaat ist letztlich nur in einer Sozialwelt zu retten. Die wiederum ist durch ein Vorgehen zu beschleunigen, bei dem Albrecht Müller, was die Reform-Lügen betrifft, recht erfolgreich ist: durch ökonomische Alphabetisierung der Massen.

Albrecht Müller

Sehr schöne Sätze

DEBATTE: ARBEITSMARKT UND WACHSTUM *Kann das Bürgergeld wirklich aus ausweglosen Situationen befreien?*

In der bisherigen Debatte um Wachstum und Beschäftigung, um Produktivität, Arbeitslosigkeit und Bürgergeld habe ich zumindest eines gelernt: wenn jemand arbeitslos ist und keine Perspektive hat, in absehbarer Zeit Arbeit zu bekommen, dann ist die Forderung nach einem Bürgergeld verständlich. Ein solches Grundeinkommen würde vielen Menschen aus einer stigmatisierten Lebenslage heraus helfen. Weil gerade in Ostdeutschland sehr viele in einer solchen ausweglosen Situation sind, verstehe ich auch, dass dort die Debatte um das Grundeinkommen besonders eindringlich geführt wird. Dennoch halte ich diesen Weg nicht für gangbar. Und ich erachte die ökonomische Begründung und die Vorstellung, wie ein solches Bürgergeld zu finanzieren und auszugestalten wäre, für nicht schlüssig.

Zur Erläuterung will ich auf einige Elemente der Debatte im *Freitag* eingehen. In der gebotenen Kürze und mit der den Einwänden angepassten Polemik:

Mein früherer Kollege Peter Conradi unterstellt mir die Neigung zu einer linksautoritären Geschlossenheitsmelodie und die Nähe zur Herbert Wehners Methoden. Peter Conradi weiß selbst, wie absurd dieser Vorwurf ist. Ich hatte in meinem Beitrag nichts weiter getan, als zu beklagen, dass über die Debatte um Wachstum, Produktivität und Vollbeschäftigung jene Kräfte auseinander zu fallen drohen, die im Kampf gegen die neoliberale Hegemonie unbedingt zusammen arbeiten müssten. Bei diesem Wunsch bleibe ich, weil der Kampf gegen diese von viel Geld geschmierte Ideologie nur zu gewinnen ist, wenn der Widerstand nicht auseinander bricht. Was soll an diesem Wunsch linksautoritär sein? Wer dies unterstellt, hat nicht begriffen, welche Macht die neoliberalen Ideologen haben, wie sehr sie die Medien beherrschen und wie weit sie sogar in die innere Willensbildung aller etablierten Parteien eingedrungen sind. Das konnte man in letzter Zeit immer wieder beobachten: mit dem Votum für Neuwahlen haben sie das Scheitern ihrer Rezepte überlagert. Und mit einer Großen oder wie auch immer gefärbten Koalition aus CDU/CSU, SPD, FDP oder Grünen werden sie ihre Reformen fortsetzen und vergessen machen, dass sie uns im Wahlkampf mit der Behauptung, dies sei eine Richtungswahl, wieder einmal betrogen haben.

Sich angesichts dieser Dominanz der neoliberalen Kräfte darüber zu streiten, ob man sich Wachstum noch leisten kann und ob dieses einen Abbau der Arbeitslosigkeit zu schaffen vermag, ist schon sehr eigenartig.

Die Einwände gegen meinen Beitrag sind voll von Unterstellungen: Klaus Blessing behauptet, ich würde vorrangig fiskalisch argumentieren und lasse die entscheidende volkswirtschaftliche Größe, die Steigerung der Arbeitsproduktivität weg. Beides ist schlicht falsch. Ich habe nicht vorrangig fiskalisch argumentiert und mit der Steigerung der Produktivität habe ich mich in vielen Texten ausführlich beschäftigt. In meinem Buch *Die Reformlüge* analysiere ich 40 Denkfehler, Mythen und Legenden. Dort finden sich mehrere einschlägige Kapitel, in denen von Produktivität die Rede ist. In diesem Werk kann man auch die Analyse eines Denkfehlers lesen, der lautet: "Produktivität ist zu hoch". Ich zeige dort, dass diese Behauptung nicht stimmt und dass die gängige Vorstellung, die Arbeitslosigkeit sei eine Folge hoher Produktivitätssteigerungen, schlicht falsch ist. Das kann man an verschiedenen Zeitabschnitten dokumentieren, in denen hohe Produktivitätszuwächse mit hohem Wachstum und dem Abbau von Arbeitslosigkeit einhergingen. So auch mit negativem Vorzeichen in den vergangenen 14 Jahren seit 1992; sie waren gekennzeichnet von niedrigen Produktivitätszuwächsen und einem weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit, und einem niedrigen Wachstum von durchschnittlich 1,3 Prozent.

Die Kritiker leben offenbar in einer intakten Glaubensgemeinschaft. Es kommen immer die gleichen Argumente, beispielsweise, dass es in hoch entwickelten Volkswirtschaften kein ausreichendes Wachstum mehr gebe. Das stimmt nicht, wie man schon am Beispiel Schwedens zeigen kann. Es stimmt heute beim von Conradi angeführten Vergleich zwischen Polen und Deutschland, wobei Conradi großzügig weglässt, dass unsere Volkswirtschaft das Opfer einer miserablen Geld- und Konjunkturpolitik in den Neunzigern wurde. Darauf hatte ich in meinem Beitrag schon hingewiesen.

Aber das beeindruckt die Kritiker nicht, weil sie fest in ihrem Glauben verankert sind. Wer den *Freitag* 34/05 noch zur Hand hat, dem ist zu empfehlen, den Beitrag von Friedrich Kiss noch einmal nachzulesen. Ein hehres Bekenntnis nach dem ändern: "Daniela Dahn will Menschenwürde für alle. Sie will Teilhabe am gesellschaftlichen Leben für alle. Sie will nicht in den ideologischen Gefängnis leben, in dem die demokratisch gewählte Exekutive nur der Sklave ist, während die Herren des Geldes die reale Macht ausüben." Wunderschöne Sätze. Was soll ich mir dafür kaufen?

Die Kritiker glauben halt, eine expansive Konjunktur- und Wachstumspolitik sei auch nur im Profitinteresse und mache die Armen ärmer und die Reichen immer reicher. Und wer das fordere, der lebe "im Denkkäfig der kapitalistischen Ideologie" und begreife "die Systemkritik" von Daniela Dahn nicht.

Angesichts dieser Einwände muss ich sofort kapitulieren. Denn in der Tat habe ich das begrenzte Ziel, mit mehr Wachstum und mehr Beschäftigung die Macht der Arbeitnehmer auf dem Arbeitsmarkt zu stärken, sie aus der ausweglosen Lage eines totalen Ungleichgewichts auf dem Arbeitsmarkt herauszuholen, damit sie endlich auch wieder Nein sagen können, damit die erkämpften Rechte endlich wieder etwas wert sind. So systemimmanent denke ich, dass bekenne ich freimütig. Und ich überlasse es Daniela Dahn und meinen Kritikern im *Freitag*, davon zu träumen, dieses marktwirtschaftliche System demnächst überwinden und - mit Bürgergeld und Drei-Stunden-Tag und anderen Träumereien. Von irgendeiner Relevanz wird diese systemkritische Debatte nicht sein.